

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003686/2025
an die Kommission**
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Harald Vilimsky (PfE), Georg Mayer (PfE)

Betrifft: Zuständigkeiten und Mittelverwendung im Katastrophenschutz und bei der Waldbrandbekämpfung

Die Waldbrände des Sommers 2025 haben erneut gezeigt, wie wichtig ein funktionierender Katastrophenschutz ist. Gleichzeitig wurde deutlich, dass vielerorts die Ausstattung vor Ort fehlt, während Milliarden in zentrale Programme, Bürokratie und Forschungsinitiativen fließen. Der Rechnungshof hat kritisiert, dass Mittel oft auf Basis veralteter oder unzutreffender Daten vergeben werden, wie etwa in Griechenland oder Portugal.

1. Warum verfolgt die Kommission, obgleich regional sehr unterschiedliche Entwicklungen (Hitze im Süden, Regen im Norden) zu verzeichnen sind, weiterhin zentrale Konzepte, anstatt flexible nationale Strategien zu unterstützen, die an die lokalen Gegebenheiten angepasst sind, und wie will die Kommission sicherstellen, dass Katastrophenschutz auch künftig in erster Linie in der Verantwortung der Mitgliedstaaten bleibt?
2. Welche Schritte unternimmt die Kommission, damit EU-Mittel wirklich gezielt dort eingesetzt werden, wo das Risiko für Waldbrände tatsächlich am höchsten ist, und nicht nach pauschalen oder politisch motivierten Kriterien verteilt werden?
3. Wie gedenkt die Kommission, den Mangel an aktuellen und zutreffenden Daten zu beheben und die Risikobewertungen auf eine aktuelle, verlässliche Grundlage zu stellen?

Eingang: 23.9.2025